

Newsletter, Dezember 2024

Liebe Unterstützer*innen,

liebe Mitstreiter*innen,

liebe KuB-Interessierte,

die nächsten Wahlen stehen an. Das bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit, dass wir uns 2025 in ein weiteres Jahr Verschärfungswettbewerb bei Flucht und Migration schleppen werden. Dass die Diskussion Schutz suchende Menschen in ihrer Existenz gefährdet, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen rechtswidrig sind, dass sich die ersten EU-Staaten trotz drastischer Einschnitte ins Asylrecht schon wieder aus dem „historischen Kompromiss“ des gemeinsamen europäischen Asylsystems von 2023 verabschieden wollen und dass die migrations- und menschenfeindliche Rhetorik verfassungsfeindliche rechtsextreme Parteien nicht schwächt, sondern stärkt - all das wird die Diskussion nicht stoppen. Mit den vielen empathielosen und miserabel getimten Äußerungen zum Sturz des Assad-Regimes und damit verbundener "Rückkehrerwartungen" hat der Wahlkampf bereits unschön (und kenntnis- bzw. faktenarm) begonnen.

Umso wichtiger ist es, weiter Orte zu erhalten, an denen Schutz suchende Menschen Beratung und Unterstützung finden. Wir setzen alles daran, so ein Ort zu sein und auch weiterhin zu bleiben. Dafür brauchen wir eure Unterstützung - für den Anfang des Jahres sogar sehr dringend! Für die langfristige Zukunft starten wir die Kampagne "1.999 und du!" (siehe unten).

Damit die KuB eine offene Anlaufstelle bleiben kann: Werde Teil des Förderkreises, spende an die KuB, verschenke eine Spende!

Alles Wichtige unter: <https://kub-berlin.org/de/spenden/>

Spendenkonto:

KuB e.V.

GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02

BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Vorläufige Jahresbetrachtung 2024

Während wir intensiv an 2025 planen, ordnen wir natürlich auch das zu Ende gehende 2024. Da gibt es zum einen Zahlen: Zum Beispiel **2.474 erfasste Rechtsberatungen zu Asyl und Aufenthalt** für Menschen aus über 100 Ländern, davon 1.783 Erstberatungen. Jede einzelne davon berät Menschen in extremen Lebenslagen, die sehr häufig keine andere Anlaufstelle haben und an 4 Tagen in der Woche niedrigschwellig und ohne Termin zu uns kommen können.

Unsere **Frauenberatung** wurde über 200 mal in Anspruch genommen. Da es um sehr persönliche und sensible Themen geht wie geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, Vaterschafts Anerkennung, Unterbringung und vieles mehr und es sich meist um längerfristige Beratung handelt, ist auch das ein enormer Beratungsumfang. Ähnliches gilt für die **psychosozialen Beratungen**, die besonders die psychischen Belastungen in den Blick nehmen, denen Menschen auf der Flucht und in Deutschland rassifizierte Menschen ausgesetzt sind. Auch hier wurde etwa 200 mal versucht, Unterstützung anzubieten, Angebote für traumatisierte Menschen und Psychotherapien zu suchen, Wartezeiten zu anderen Therapieangeboten zu überbrücken und andere wichtige Beratungsaufgaben wahrzunehmen.

Zu all diesen Angeboten konnten Ratsuchende **Sprachmittlung in 23 Sprachen** in Anspruch nehmen. Das ist unserem etwa 100 Personen starken Netzwerk aus engagierten Sprachmittler*innen zu verdanken. Diese übernehmen auch Begleitungsaufgaben bei wichtigen Terminen. Darüber hinaus hatten wir zur Zeit eine **Deutschkursangebot aus 8 Kursen** und je 15 Plätzen pro Semester: Alphabetisierungskurs, A1.1 bis B1, Konversationskurs und einen Kurs von und für LGBTQI*-Personen.

Diese Zahlen spiegeln natürlich nur einen Bruchteil von dem wider, was über so ein Jahr in der KuB passiert. Der Einsatz von knapp 200 Menschen, die ihre Energie, ihre Arbeit (bezahlt und unbezahlt), ihre Nerven und vieles andere investieren, weil sie der Überzeugung sind, dass ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben nicht an Aufenthaltstiteln oder langfristigen "Bleibeperspektiven" hängen sollte, lässt sich schwer in Zahlen ausdrücken. Ebenso wenig die Unterschiede, die das im Leben von Menschen macht, die in der KuB Rat und Unterstützung suchen.

Außerdem gab es in diesem Jahr wieder nicht nur finanzielle, sondern auch organisationsstrukturelle Hürden zu bewältigen. So hatten wir in der ersten Jahreshälfte ein derartiges Kapazitätsproblem, dass wir uns dazu entscheiden mussten, die KuB im Juli ausnahmsweise eine Woche zu schließen. Ermutigend war, dass wir dabei gemerkt haben, dass unsere Selbstverwaltung sehr intakt ist und wir in dieser ziemlich anstrengenden aber produktiven Woche zu sinnvollen Lösungen gekommen sind - im Ablauf, in der Kommunikation, in der Raumgestaltung und vielem mehr.

Neue Öffnungszeiten // Notbetrieb über die Feiertage

Bei unseren Öffnungszeiten sind wir nun nach einigem Ausprobieren in den letzten Wochen zu einer Lösung gekommen, mit der wir Beratungsthemen besser trennen und Wartezeiten verringern können. Die KuB ist nun geöffnet:

Beratung zu Asyl und Aufenthalt: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, 9:00 - 13:00 Uhr

Sozialberatung: Montag und Donnerstag, 14:00 - 17:00 Uhr

Beratung für geflüchtete Frauen: Nach Vereinbarung

Psychosoziale Beratung: Nach Vereinbarung

Telefonische Erreichbarkeit: Montag und Donnerstag, 14:00 - 17:00 Uhr

Wir bitten um Verzeihung für eventuelle Missverständnisse in der Übergangsphase und darum, diese Zeiten gerne an Ratsuchende und an uns weiterleitende Stellen weiterzugeben!

Am **23., 24., 27., 30. und 31. Dezember** werden wir wieder auch dieses Jahr wieder einen **Notbetrieb nur für dringende Fristangelegenheiten** organisieren.

Queerer Deutschkurs - Dokumentation und neuer Kurs

Zusätzlich zu unseren A1 bis B1 Kursen, dem Alphabetisierungs- und dem Konversationskurs haben wir im Mai einen extra Anfänger*innen Deutschkurs von und für LGBTIQ* Personen gestartet. Der erste Kurs ist im Oktober zu Ende gegangen. Die Lehrkräfte haben zu dem Kurs ein kleines [Zine](#) zusammengestellt, in dem sie ihre Gedanken zu Lehrplan, Methoden und Material erläutern und Erfahrungen teilen.

Wegen der positiven Erfahrungen, des guten Feedbacks und der vielen Anmeldungen gibt es seit 25.11. einen neuen Kurs. Anmeldung unter: queer-dk@kub-berlin.org. Der Ort des Kurses wird bei Anmeldung mitgeteilt.

Wir suchen wieder Anwält*innen für unser Netzwerk

Wir wollen wieder unser Netzwerk von solidarischen, vertrauenswürdigen Anwält*innen für Migrationsrecht erweitern und freuen uns über Empfehlungen. Anwält*innen hören in dem Bereich nicht selten auf oder haben einfach keine Kapazitäten. Deswegen wollen wir uns über die Berliner Anwält*innenlandschaft im Asyl- und Aufenthaltsrecht einen neuen Überblick verschaffen. Haben wer gute Erfahrungen gemacht? Kennen wer Anwält*innen mit besonderen Länderkenntnissen? Von großem Vorteil wären Menschen mit Sprachkenntnissen mit Beratungsrelevanz: z.B. Türkisch, Russisch, Arabisch, Farsi, Georgisch Französisch, Polnisch, Bosnisch und Serbisch.

Rechtsanwält*innen vertreten unsere Klient*innen vor Gericht, übernehmen Verfahren bei komplexen Rechtsfragen oder wenn sich die Klient*innen Rechtsbeistand wünschen. Nach einem Austausch würden wir gerne die neuen Anwält*innen in unserer Weiterleitungsliste aufnehmen. Ein rassismuskritischer Ansatz ist Voraussetzung!

Neue Praktikumsstellen ab März/April

Wir haben freie Praktikumsplätze ab März und April 2025. Über Bewerbungen (Motivationsschreiben und Lebenslauf als PDF) mit Angabe der gewünschten Praktikumsdauer freuen wir uns bis zum 30.12.2024. Bewerbungen bitte an kontakt@kub-berlin.org.

<https://kub-berlin.org/de/mitmachen/praktikum/>

1.999 und du - unterstütze #TeamBleiberecht im KuB-Förderkreis!

Die KuB blickt auch mittelfristig in eine finanziell ungewisse Zukunft. Um uns von der sich immer weiter nach rechts bewegenden Politik finanziell komplett unabhängig zu machen und trotzdem das gegenwärtige Angebot ungefähr aufrecht zu erhalten, **bräuchten wir etwa 2.000 Menschen, die uns verlässlich und regelmäßig unterstützen**. Deswegen läuten wir unsere Kampagne „1.999 und du!“ ein.

Wir würden es sehr zu schätzen wissen, wenn sich möglichst viele von euch dazu entscheiden würden, Teil unseres [Förderkreises](#) zu werden. Wenn ihr mögt, könnt ihr Spenden und Fördermitgliedschaften über unser Spendenformular auch passend zur Jahreszeit verschenken und erhaltet dafür eine individualisierte Geschenkkarte.

[Aktuelles außerhalb der KuB]

Haushalt 2025

Berlin hat den Nachtragshaushalt 2025 beschlossen. Es sollen 3 Milliarden Euro „eingespart“ werden - ein weiterer **schwerer Schlag gegen die soziale und kulturelle Infrastruktur in dieser Stadt!** Besonders gravierende Folgen sind absehbar für Präventionsprojekte, Beratungsstellen, Jugend- und Kulturprojekte, Familienzentren und viele mehr. Inwieweit wir im Detail selbst betroffen sind, wissen wir noch nicht. Unabhängig davon gilt natürlich unsere Solidarität allen Projekten, die es (auch) betrifft. Und wir werden uns in unseren Netzwerken weiter gemeinsame Strategien ausdenken, wie wir gegen diesen Kahlschlag vorgehen können. Denn davon hängen nicht nur einzelne Einrichtungen und Arbeitsstellen ab (wie bei uns in vielen Fällen verbunden mit Aufenthalts- und Einbürgerungsfragen), sondern auch das gesamte soziale Gefüge der Stadt.

Umsetzung der GEAS Reform

Die Bundesregierung hat im November einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vorgelegt. Dass mit GEAS die drastischsten Einschnitte ins Asylrecht

seit 30 Jahren einhergehen, war klar. Der nun vorgelegte Entwurf ist **noch einmal weit restriktiver als die EU vorgibt**. Schutzsuchenden - auch Familien und Kindern - drohen Haft und geschlossene Zentren. Zudem soll eine erhebliche Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ und „sicheren Drittstaaten“.

Durch das vorzeitige Ende der Regierungskoalition ist die GEAS **Umsetzung nun erst einmal aufgeschoben**. Aber die Opposition hat bereits noch härtere Maßnahmen vorgeschlagen, z.B. den Familiennachzug für minderjährige subsidiär Schutzberechtigte zu streichen. Kinder und Jugendliche könnten damit für den Rest ihres Lebens von ihren Familien getrennt werden.

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/bundesregierung-beschliesst-groesste-asylrechtsverschaeerfungen-seit-jahrzehnten/>

Verabschiedung (Un)Sicherheitspaket

Das "Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" ist trotz heftiger Kritik in Kraft getreten. Treffender wird es als „Unsicherheitspaket“ bezeichnet, denn es wird neben anderem zur **Verelendung Schutzsuchender durch Streichung ohnehin schon weniger als minimaler Sozialleistungen** führen. Zu erwarten sind außerdem Asylrecht umgehende und strukturellen Rassismus zementierende Grenzkontrollen und hochproblematische polizeiliche Superdatenbanken, die die Wahrnehmung von Flucht als sicherheitspolitische Bedrohung fortschreiben. In einem migrationspolitisch bodenlosen Jahr ist dies ein trauriger Tiefpunkt.

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/mit-sicherheit-verfassungsbruch-wohnungslosigkeit-und-verelendung-verhindern/>

Einführung Bezahlkarte

Anders als in Potsdam, Aachen oder Münster ist die Einführung der diskriminierenden, stigmatisierenden, entmündigenden und verfassungswidrigen Bezahlkarte für Geflüchtete unter dem AsylbLG **vom Berliner Senat beschlossen**. Die landesweite Bargeld-Obergrenze soll bei 50€ liegen. Die Regelung ist allerdings befristet. Die Karte soll nur an neu ankommende Menschen ausgegeben und für die ersten sechs Monate genutzt werden.

Der Flüchtlingsrat Berlin weist an dieser Stelle noch einmal auf die Möglichkeit für alle Menschen hin, ein kostenloses Basiskonto zu errichten:

https://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/basiskonto-trotz-bezahlkarte-hat-jeder-das-recht-auf-ein-eigenes-konto/

BAMF setzt Entscheidungen zu Syrer*innen aus

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat vorerst Entscheidungen über Asylanträge von Syrer*innen gestoppt. Grund sei die "unklare Lage" nach dem Sturz des Assad-Regimes. Deutschlandweit geht es um rund 47.000 Anträge, davon 46.081 Erstanträge. Auf bereits getroffene Asylentscheidungen hat die neue Lage in Syrien keine Auswirkungen.

Aufnahmeregel für Geflüchtete aus der Ukraine wird eingeschränkt verlängert

Die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung und die Ukraine-Aufenthaltserlaubnis-Fortgeltungsverordnung sind bis zum 4. März 2026 verlängert. Nur eingeschränkt gilt dies jedoch weiterhin für Staatenlose und Drittstaatsangehörige ohne internationalen Schutzstatus oder nachgewiesenes unbefristetes Aufenthaltsrecht in der Ukraine. Der Paritätische Gesamtverband hat eine [Fachinformation](#) dazu herausgegeben.

Jetzt wünschen wir euch erholsame und schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr - dafür werden wir alle viel Kraft brauchen!

Herzliche und solidarische Grüße, eure KuB